

A2 Keine Verschärfung des BbgPolG: Grundrechte sind unverhandelbar

Antragsteller*in: Ricarda Budke, Marie Schäffer, Martin Wandrey, Danilo Zoschnik

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg stellt sich mit Vehemenz gegen alle Pläne einer
2 Verschärfung des Brandenburgischen Polizeigesetzes (BbgPolG), wie sie aktuell
3 von der Landesregierung diskutiert wird. Wir haben uns schon gegen die
4 vergangenen Verschärfungen gestellt und fordern im Zusammenhang damit auch die
5 Evaluation zuvor eingeführter Kompetenzen, bevor schon wieder neue geschaffen
6 werden. Ohne umfassende Freiheit, und die damit verbundene Wahrung der
7 Grundrechte, kann es keine Sicherheit geben. Im vermeintlichen Spannungsfeld
8 zwischen Freiheit und Sicherheit ist im Falle der geplanten Gesetzesnovelle aber
9 klar: Es geht weder um den Schutz vor Kriminalität oder Terrorismus, die in
10 Brandenburg aktuell auf ihrem historischen Tiefstand liegen, noch werden in der
11 Diskussion Fragen von (Online-)Privatsphäre, Datenschutz, unklarer
12 Begriffsanwendung oder Missbrauchspotenzialen hinreichend beachtet. Sie werden
13 schlicht ignoriert. Wer ohne Begründung Befugnisse ausweiten will, die in ihrer
14 jetzigen Form kaum angewandt werden, in ihrer geplanten Form nicht praktikabel
15 sein werden und dabei weder verhältnismäßig, noch zielführend sind, betreibt
16 Symbolpolitik. In Brandenburg braucht es keine Schleierfahndung, Fußfesseln,
17 Staatstrojaner, keine monatelange Vorsorgehaft und keine polizeilichen
18 Wohnungseinbrüche um Wanzen zu installieren. Vieles davon eventuell sogar ohne
19 richterliche Erlaubnis.

20 Für uns ist deshalb klar: diese geplante Änderung bringt kein Mehr an Sicherheit
21 und wäre eine Katastrophe für die Grundrechte und Privatsphäre aller
22 Brandenburger*innen.

23 An dieser Haltung ändert auch die anhaltende Auseinandersetzung in der Koalition
24 nichts. Sie zeigt lediglich auf welch dünnes Eis sich das Innenministerium mit
25 seinem öffentlich zerrissenen Erstentwurf begeben hat. Mit Rechtssicherheit und
26 Sachpolitik hat der Vorschlag nichts mehr zu tun. Das zeigen etwa die Drohung
27 des Justizministeriums oder das scharfe Zeugnis der
28 Landesdatenschutzbeauftragten.

29 Besonders verheerend finden wir die vom Innenministerium eisern verteidigte Idee
30 das Landesamt für Verfassungsschutz personell massiv zu stärken. Wir wollen
31 keinen weiteren Ausbau dieser Behörde und stattdessen die Auflösung des Amtes
32 bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Eine parlamentarische Kommission
33 soll damit beauftragt werden adäquate Antworten zu finden, wie das Land
34 Brandenburg angemessen auf die sicherheitspolitischen Fragen im Land reagieren
35 kann, ohne dabei auf intransparente Nachrichtendienste oder unverhältnismäßige
36 Befugnisweiterungen der Polizei zurückgreifen zu müssen. Brandenburg kann und
37 muss in dieser Sache Vorreiterin sein, während andere Bundesländer, wie jüngst
38 Sachsen, sich rücksichtslos gegen Bürger*innenrechte und öffentlichen Protest
39 stellen. Bayerische Verhältnisse wollen wir nicht! Und es ist kein Geheimnis
40 nach welchem Vorbild der Innenminister das BbgPolG gern verändert hätte.

- 41 Aus unserer Haltung ergibt sich, dass wir uns mit den Zielstellungen des
42 "#noPolGBbg – Bündnis gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz" identifizieren
43 können und als Teil von ihm gegen die geplante Novelle arbeiten wollen.

Begründung

Erfolgt mündlich